

Hauptausschuß erörtert den Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1997

DVU braucht keine Unterstützungsunterschriften mehr

Nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und dem aufschreckenden Abschneiden der rechtsextremen DVU stehe die Frage ihrer Kandidatur bei der Bundestagswahl auf der Tagesordnung. Der Einzug der DVU in den Landtag von Sachsen-Anhalt habe dazu geführt, daß sie im Falle ihres Antretens keine Unterstützungsunterschriften mehr benötige. Darauf hat der Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium, Dr. Fritz-Achim Baumann, bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes NRW für das Jahr 1997 im Hauptausschuß des Landtags unter der Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden Lothar Hegemann (CDU) hingewiesen.

Bei den Republikanern sei inzwischen ein offener Richtungsstreit darüber ausgebrochen, ob man — nach dem Beispiel der DVU — künftig noch aggressiver agieren solle. Es sei zu befürchten, daß DVU und REP im Wahlkampf versuchen würden, sich gegenseitig mit ausländerfeindlichen Hetzparolen und Kampagnen gegen die etablierte Politik zu überbieten, sagte Baumann. Im Verfassungsschutzbericht 1997 werde anhand konkreter Beispiele nachgewiesen, daß auch der Landesverband der Republikaner in NRW zunehmend fremdenfeindliche Hetze betreibe und die Gangart härter werde. Allein mit Zitaten aus der Zeitschrift „Der Republikaner“ sei belegbar, daß nahezu alle bestehenden Probleme von der Arbeitslosigkeit bis zur Kriminalität in diffamierender Weise mit den hier lebenden Ausländern in Verbindung gebracht würden. Außerdem betreibe der stellvertretende Landesvorsitzende Wnendt seit Sommer 1997 drei Info-Telefone, in denen in ehrverletzender Weise gegen Fremde gehetzt werde. Es bestünden nach wie vor in ausreichendem Maße Anhaltspunkte für Bestrebungen der Republikaner gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Der oberste Verfassungsschützer des Landes bezeichnete es als offen, ob DVU und REP in irgendeiner Form bei der Bundestagswahl kooperieren würden. Eine Listenverbindung beider Parteien scheidet jedenfalls aus Rechtsgründen aus. Er fuhr fort, die organisatorisch gefestigte NPD werde ebenfalls bei der Bundestagswahl antreten, jedoch ohne nennenswerte Chancen. In NRW bleibe die Mitgliederzahl der NPD, die sich vor allem in östlichen Ländern selbst in einem Aufschwung sehe, annähernd gleich. „Ihre Fähigkeit, wie bei der Kampagne gegen die Wehrmachtsausstellung in München, politische Signale für das gesamte rechtsextremistische Spektrum zu setzen, sollte allerdings nicht unterschätzt werden“, betonte Baumann. Der NPD-Aufmarsch in Leipzig am 1. Mai 1998 habe die Grenzen des NPD-Potentials, aber auch die Gefahren eines Gegeneinanders von Rechts- und Linksextremisten aufgezeigt. Rund 4 000 bis 5 000 NPD-Anhänger hätten bei diesem Aufmarsch vor dem Völkerschlachtdenkmal teilgenommen. Auffallend sei der überwiegende Anteil von Teilnehmern gewesen, die nach ihrem Erscheinungsbild der Skinhead-Szene zuzuordnen gewesen seien. Aus NRW seien rund 350 Personen angereist, vor allem aus den Bereichen Köln, Essen

und Bielefeld/Ostwestfalen. Die rund 4 000 Gegendemonstranten seien zu einem erheblichen Teil der autonomen Szene und den Antifa-Gruppen zuzurechnen gewesen. Als eine nach wie vor ernstzunehmende Neonazi-Organisation bezeichnete der Chef des Verfassungsschutzes die Sauerländer Aktionsfront. Sie sei eng mit der Skinhead-Szene verflochten. Sicher sei es kein Zufall, daß die Altersgruppe der jungen Männer bis 24 Jahren die stärkste Gruppe der fremdenfeindlichen Straftäter bilde.

Der Verfassungsschutzbericht zeige darüber hinaus einen neuen Trend auf, daß Rechtsextremisten zunehmend in der Öffentlichkeit breit diskutierte Themenfelder wie den Euro, die Wehrmachtsausstellung oder die Rechtschreibreform aufgriffen und versuchten, auf diese Weise auch bürgerliche Zielgruppen anzusprechen, unterstrich Baumann. Auf der Linken drohten Gefahren für die öffentliche Sicherheit vor allem von gewaltbereiten Linksextremisten und Autonomen durch Aktionen gegen Kernenergie und Gentechnik, durch einen selbst definierten Antifaschismus, der Gewalt gegen vermeintliche Rechtsextremisten als „antifaschistische Selbsthilfe“ rechtfertige, und durch die Möglichkeit neuer terroristischer Vereinigungen, vor allem auf regionaler Ebene. Dagegen hätten linksextremistische Parteien, wie die DKP oder der PDS-Landesverband in NRW, zur Zeit keine große Bedeutung.

Im Ausländerextremismus hätten auch im letzten Jahr linksextremistische türkische bzw. kurdische Gruppierungen und islamistische Organisationen dominiert. Zu den gefährlichsten linksextremistischen türkischen Gruppierungen zähle weiterhin die Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C). Die Religion des Islam werde zunehmend für politische Zwecke islamistischer Institutionen instrumentalisiert. Im Vordergrund stehe hier die islamische Ge-

meinschaft Milli Görüs (IGMG). Sie sei ein Ableger der in der Türkei verbotenen Refah-Partei.

Die subtile Einflußnahme der IGMG auf viele Lebensbereiche, vor allem türkischer Jugendlicher, dürfe nicht unterschätzt werden, folgerte Baumann.

Zum Thema Scientology führte er an, nach den bisherigen Erkenntnissen dürfte die Zahl der Mitglieder, entgegen eigener Darstellung, bundesweit deutlich unter 10 000 liegen. In NRW seien es etwa 400.

Ein großes Echo in der Öffentlichkeit habe der Abschlußbericht einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Beobachtung von Scientology gefunden. Das NRW-Innenministerium habe diesen Bericht im April als Broschüre mit einer Auflage von 12 000 herausgegeben. Die SO-Broschüre sei auch über das Internet abrufbar.

Bei der anschließenden Aussprache griff der Fraktionssprecher der GRÜNEN, Roland Appel, das Thema Scientology auf. Er könne nach wie vor, das wolle er nicht verbergen, der These der Gefährlichkeit der Scientology Church und der Einschätzung, daß es Aufgabe des Verfassungsschutzes sei, sie zu beobachten, nicht ganz folgen.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Reinhard Grätz, hielt dagegen, man könne natürlich „unsere damalige Diskussion“ aufgrund der Tatbestände relativieren. Er wäre da aber nicht voreilig, denn im Ansatz bleibe das gefährlich, und man wisse ja, daß zumindest in Amerika Scientology keineswegs zurückgehe. Auch wenn diese Mischung aus einer Variante von Kapitalismus und heidnischen Vorstellungen — er zögere zu sagen: religiösen heidnischen Vorstellungen — sicherlich von der Mentalität her in Westeuropa weniger gut Eingang finde, sollte man sie doch nach wie vor nicht unterschätzen, zumal ja in einer scheinbar aufgeklärten Gesellschaft, die über jeden wissenschaftli-

(Fortsetzung auf Seite 8)



Der neue Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement (SPD, l.), ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) vereidigt worden. Das Protokoll gibt wieder, daß die Eidesleistung mit religiöser Beteuerung erfolgte. Der Landtagspräsident gratulierte mit einem herzlichen „Glückauf“ und machte darauf aufmerksam, daß Clement nun die Regierungsverantwortung übernommen habe. Der neue Regierungschef erhielt Beifall aus dem Plenum und von zahlreichen Besucherinnen und Besuchern auf der Zuschauertribüne (siehe Seite 9).
Foto: Schälte